No. 50. — 57. Jahrgang.

Erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post:
monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40
Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Kleine Anzeigen: das Wort . . 4 „
Das fette Ueberschriftswort . . . 10 „

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 30. Januar 1909

Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49
Telephon: Amt I, Nr. 10131—10148.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1—6, Petersburgerstr. 2, Große Frankfurterstr. 31 u. St. Frankfurterstr. 87, Rykestr. 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 27 (am Weddingpl.), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3 (gegenüber d. Kriminalgericht), Potsdamerstr. 33, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Wilmersdorf. 69 (Ecke Hohenzollernstr.), Nixdorf, Berlinerstr. 41 (Ecke Münchenerstr.), Schöneberg, Hauptstr. 155, Charlottenburg, Kantstr. 54, Pankow, Berlinerstr. 1, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, Königs-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Glückauf!

Am 1. Februar tritt in Berlin der allgemeine Bergarbeiterkongreß zusammen, um infolge der jüngsten Katastrophen im Bergbau und angesichts der bevorstehenden Neuregelung der Berggesetzgebung in Preußen den Wünschen der Bergarbeiter Nachdruck zu verleihen.

Der Kongreß wird in erster Linie die Forderung von Grubenkontrolleuren aus dem Arbeiterstande vertreten und die Einführung eines Reichsberggesetzes sowie das Verbot der schwarzen Listen verlangen.

Die Schaffung von Arbeiterkontrolleuren gehört zu den ältesten Forderungen der Bergarbeiter. Um eine wirkliche Durchführung der Sicherheitsvorschriften für die Knappen zu erreichen, sollen diese aus ihrer Mitte diese Kontrolleure wählen, die von Staate bezahlt werden und die das Recht haben sollen, jederzeit Revisionen in den Zechen auf ihre Betriebssicherheit vorzunehmen. Ein Wunsch, der berechtigt erscheint, gegen den die Zechenbesitzer aus erklärlichen Gründen aber Sturm laufen.

Die bevorstehende preußische Novelle zum Berggesetz will die Mitglieder der Bergarbeiterausschüsse mit gewissen Befugnissen dieser Art ausrüsten. Die Bergarbeiter befürchten aber mit Recht, daß diese Einrichtung völlig ungenügend sein würde, schon aus dem Grunde, weil Vertrauensleute, die ihrer Aufgabe wirklich nachkommen würden, den schwersten Maßregelungen durch die Zechenbesitzer ausgesetzt wären und niemals von der schwarzen Liste herunterkommen würden.

Diese schwarzen Listen der Arbeitgeber, die den ihnen mißliebigen Arbeiter dadurch geradezu zwingen, seinen Beruf aufzugeben, weil er nirgends mehr Arbeit findet, stellen einen der schlimmsten Mißstände des heutigen Bergarbeiterrechtes dar. Die Regierung mußte im Parlament selbst erklären, daß ihr zur Unterdrückung dieser Listen gegenwärtig keinerlei Mittel zur Verfügung ständen. Um diesem Uebel zu steuern, sind vom Staatssekretär des Innern die hervorragendsten Führer der Bergarbeiterorganisationen vor kurzem mit einer Anzahl Unternehmer und Bergleute zu einer Konferenz geladen worden, in der Wege zur Abhilfe gefunden werden sollten. Allerdings bedarf es hier vor allem des Entgegenkommens der Zechenbesitzer, die ein solches wenig gezeigt haben.

Die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber einem Reichsberggesetz ist bekannt. Obwohl auf diesem Wege zweifellos die gesundeste Regelung der Verhältnisse im Bergbau möglich wäre. Vor allem könnte eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit ins Auge gefaßt und der Einführung des Achtstundentages näher getreten werden. Daß es sich hier nicht um Unmöglichkeiten handelt, beweist die Tatsache, daß in England die achtstündige Schichtzeit vor kurzem eingeführt worden ist, während in Oesterreich das Parlament eine Kommission eingesetzt und diese mit der Untersuchung der heutigen Dauer der Arbeitszeiten im Bergbau und der Abgabe eines Gutachtens über die Einführung des Achtstundentages betraut hat.

Ferner würde eine einheitliche Regelung des Bergarbeiterschutzes und des Strafwesens sowie eine einheitliche Reform des Knappschaftswesens durch ein Reichsberggesetz möglich werden. Endlich könnten allgemeine Grundsätze für eine Regelung des Gedingewesens nach gemeinsamen Gesichtspunkten nur durch ein Reichsgesetz geschaffen werden. So steht dem Kongreß eine Fülle von Aufgaben bevor, deren Behandlung hoffentlich auf Regierung und Parlament nicht ohne Einfluß bleiben werden.

Neues vom Bruder Tschech.

Im österreichischen Abgeordnetenhause

erklärte gestern, wie aus Wien gemeldet wird, im weiteren Verlaufe der Sitzung Abgeordneter Erb, die Deutschnationalen würden im Einverständnis mit den Christlichsozialen gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Einsetzung eines Sprachenausschusses stimmen, weil der Antrag undurchführbar sei und zum Herde von sprachlichen Wirren werden würde. Abgeordneter Graf Sternberg erklärte seinen Antrag auf Erlaß eines allgemeinen Farbenverbotes dahin abändern zu wollen, daß ein zeitlich beschränktes Farbenverbot unter Wahrung der Rechte der nationalen Abzeichen an jenen Universitäten erlassen werden solle, wo das Farbentragen Anlaß zu Ruhestörungen gäbe. Er tue dies, um den Polen zu ermöglichen, für den Antrag zu stimmen. Die tschechischen Minoritäten in den deutsch-böhmischen Gebieten würden nicht nur boykottiert, sondern sogar bedroht. In Eger könnten tschechische Staatsbeamte kein Nachtlager finden. Wir haben in Böhmen, erklärt der Redner, jetzt nur

Tschechen und Einbrecher.

Diese Worte entfesselten einen Sturm der Entrüstung bei den Deutschen. Zahlreiche deutsche Abgeordnete stürzten zur Präsidententribüne, schlugen mit den Fäusten auf die Pulte und reklamierten energisch die Wortentziehung und den Ordnungsruf. Der Lärm dauerte längere Zeit an.

Vizepräsident Jazvorka, der sich inzwischen informieren ließ, erklärte, nachdem Ruhe eingetreten war, er müsse den Redner zur Ordnung rufen.

Abgeordneter Graf Sternberg: Ich protestiere nicht gegen den Ordnungsruf. Ich halte den Vizepräsidenten für loyal genug, daß er nur auf Grund einer irrigen Information mir den Ordnungsruf erteilt hat. Der Redner appellierte an den Polenklub, für seinen Antrag zu stimmen, die Polen möchten sich ihrer unterdrückten Brüder in Böhmen annehmen und dem tschechischen Volke, das in seiner Ehre und in seinen Rechten verletzt sei, helfen.

Das Abgeordnetenhaus erkannte keinem der sechs auf die böhmischen Angelegenheiten bezüglichen Dringlichkeitsanträge die Dringlichkeit zu. Nächste Sitzung Mittwoch.

Politik und Religion

in der französischen Armee.

Einen klerikalen Vorstoß gegen das Kabinett Clemenceau gab es gestern in der französischen Deputiertenkammer. Ein Telegramm berichtet darüber:

In Beantwortung von Interpellationen betreffend die Bestrafung mehrerer Offiziere der Garnison Laon, die einer religiösen Handlung in der Kathedrale beigewohnt hatten, und betreffend ein an die Truppen verschiedener Garnisonen ergangenes Verbot, katholische Zusammenkünfte zu besuchen, erklärte Kriegsminister Picquart unter dem lebhaften Beifall der Linken, daß die gegen die Offiziere getroffenen Maßnahmen berechtigt gewesen seien, weil diese Offiziere nicht etwa an einer Religionsübung teilgenommen hätten, der das Gesetz von 1907 Freiheit garantiere, sondern an der öffentlichen Versammlung einer Vereinigung, die den republikanischen Gesetzen Widerstand bereite. Auch das Rundschreiben, das den Soldaten verbot, sich an katholischen Zirkeln zu beteiligen, sei berechtigt, denn es verfolge den Zweck, die Soldaten gegen eine Propaganda zu schützen, die sie ihren militärischen Pflichten abwendig machen könnte.

Ministerpräsident Clemenceau erklärte, er achte die Freiheit des Gewissens, hier handle es sich aber um eine politische Kundgebung.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung kam es zu einem Zwischenfall zwischen Clemenceau und Pressensé, der in der Kammer peinliches Aufsehen hervorrief. Pressensé erklärte, Clemenceau, der in zahlreichen Fällen seine Vergangenheit verleugnet und sich mit den Feinden der Republik verbündet habe, um Jules Ferry wegen seiner Tunis-Politik zu stürzen, während er sich heute den marokkanischen Unternehmungen widme, habe nicht das Recht, ihm, der seinen Standpunkt nicht geändert habe, Widersprüche vorzuwerfen. Die Werke Clemenceaus wimmelten von Widersprüchen. Clemenceau erwiderte, er werde die Werke Pressensés nicht lesen, da er sonst darin zuviel Gesinnungsänderungen finden würde. Pressensé entgegnete hierauf, von den Beleidigungen, die ein Greis im Zorn ausstoße, nehme er keine Notiz. Clemenceau habe in seiner Machtstellung die Würde seines Lebens verloren und das Recht, von denjenigen der anderen zu sprechen. Von mehreren Tagesordnungen, die eingebracht wurden, nahm der Ministerpräsident die des Deputierten Ceccaldi an, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, daß sie die Ausführung der Gesetze sichern und die Achtung vor dem Ansehen der Regierung wahren werde. Diese Tagesordnung wurde mit 327 gegen 168 Stimmen angenommen und die Sitzung dann aufgehoben.

Das abgelehnte Disziplinarverfahren.

Zu der Angelegenheit der beabsichtigten Maßregelung des Pfarrers Lizentiaten Traub in Dortmund geht uns jetzt von kompetenter Seite folgende Darstellung des Sachverhalts zu: Traub wurde im Herbst 1907 beim Konsistorium zu Münster wegen des Inhalts einer zu Ostern 1907 gehaltenen Predigt denunziert. Im Frühjahr 1908 trat das Konsistorium in ein Disziplinarermittelungsverfahren ein und beantragte dann gegen Traub beim evangelischen Oberkirchenrat das Disziplinarverfahren. Dieses vom westfälischen Konsistorium beantragte Disziplinarverfahren ist aber im Dezember 1908 vom evangelischen Oberkirchenrat — abgelehnt worden.

Da wollten also die evangelischen Provinzpäpste schon wieder päpstlicher sein als die evangelische Zensurzentrale in Berlin! Es mag ihnen eine Lehre sein, daß sie damit abgeblitzt sind!

Soldaten als Treiber.

Aus Mecklenburg schreibt man uns:

Auf dem bei Stargard gelegenen Rittergute Godenswege wurden bei der Treibjagd 70 bis 80 Soldaten aus der Garnison Neustrelitz als Treiber verwandt. Jagdpächter ist ein Offizier in Neustrelitz.

Man fragt sich, ob es nicht angemessener gewesen wäre, in dieser arbeitslosen Zeit anstatt Soldaten Leute aus dem Volke als Treiber anzustellen, fragt sich, ob der Staat gehalten ist, für den Tagessold der zu einem Privatvergnügen des Offiziers verwandten Soldaten aufzukommen; fragt sich, ob die Soldaten zu ermäßigten Preisen auf der Bahn gefahren sind, fragt sich, ob die zweijährige Dienstzeit nicht verkürzt werden kann.

Nachträgliches von der Feuerbestattung des Prinzen Ernst.

Bei der Feuerbestattung des Prinzen Ernst von Sachsen-Weimar, die vor einigen Tagen im Krematorium zu Stuttgart erfolgte, ist es, wie nachträglich bekannt wird, aufgefallen, daß, während der König von Württemberg und der Großherzog von Sachsen-Weimar das Krematorium betraten, die drei katholischen Herzöge Albrecht, Robert und Ulrich sich entfernten. Der Feierlichkeit und Würde der Zeremonie ist dadurch allerdings nicht Abbruch getan worden.

Die österreichisch-ungarische Bankfrage.

Einem Telegramm aus Budapest zufolge erklärte in einer gestern abgehaltenen Sitzung des parlamentarischen Bankausschusses Ministerpräsident Wekerle, daß die Verhandlung mit der österreichischen Regierung über die Bankfrage in der nächsten Woche eröffnet werde. Die Regierung beabsichtige, dem österreichischen Kabinett eine Kartellbank vorzuschlagen; über die Einzelheiten dieses Vorschlages könne er sich zurzeit jedoch nicht äußern. Der Ausschuß faßte keinen endgültigen Beschluß, sondern vertagte die Sitzungen bis in die zweite Hälfte des Februar, bis zu welchem Zeitpunkt die Regierung vielleicht in der Lage wäre, Mitteilung über die Verhandlung mit Oesterreich zu machen.

Der Prager Sonntagsbummel verlegt.

Wie ein Telegramm aus Prag meldet, hat die Polizeibehörde gestern mitgeteilt, daß der Graben am Sonntag aus sicherheitspolizeilichen Gründen abgesperrt werde. Die Studenten haben infolgedessen beschlossen, den Bummel für diesen Tag in eine andere Straße zu verlegen.

Wenn der Junge kommt . . .

Mit außerordentlicher Spannung sieht man im Haag, wie man dort geschrieben wird, der schweren Stunde der Königin Wilhelmina entgegen. Man erwartet dieses frohe Ereignis, das dem Königreich einen Thronerben schenken soll, in ungefähr zwei Monaten.

Inzwischen lebt die junge Königin äußerst zurückgezogen. Sie hält sich von den meisten offiziellen Feiern und Festen zurück, an denen sie im übrigen niemals ein besonders Gefallen gefunden hat. Täglich aber unternimmt sie, von einer ihrer Hofdamen begleitet, langsame Spaziergänge in dem düsteren Parke des königlichen Schlosses, und sie begibt sich auch wie sonst fast täglich zu Fuß nach dem nahe gelegenen Palaste ihrer Mutter, der Königin Emma.

Ein alter Volksbrauch will es, daß die Holländerinnen im Zustande gesegneter Hoffnung ihr Bild anfertigen lassen, und die Königin Wilhelmina hat sich — wie man sagt, nach einigem Zögern — diesem Brauche gefügt. Man sieht jetzt ein kürzlich von ihr aufgenommenes photographisches Porträt fast in allen Schaufenstern und Auslagen. Und im Lande rüstet man sich, das Kind, das einst, mag es nun ein Junge oder ein Mädchen sein, die Krone der Niederlande tragen soll, bei seiner Ankunft in dieser Welt würdig zu begrüßen. Die Stadt Amsterdam hat der Königin bereits die Wiege geschenkt, die aus Rosenholz geschnitzt und mit mattgrüner Seide bezogen ist: die Königin wählte diese Farbe selbst und wollte weder von blau noch von rosa etwas wissen. Die Provinz Seeland wird den Kindervagen stiften, für den, als kostbarster Schmuck, eine Decke bestimmt ist, die in Sluis gearbeitet wird; die Spitzen von Sluis nehmen es von alterher mit denen von Brügge an Pracht und Schönheit auf. Die Stadt Leewarden stiftet eine goldene Kinderklapper, die Provinz Drenthe ein silbernes, mit alten Münzen der Oranierfürsten eingelegtes Tablett, die Stadt Zaardam einen Schaukelstuhl usw.

Außerdem haben sich in den größeren Städten des Königreiches Damencomités gebildet, die zu Geschenken für die Königin sammeln, aber noch nicht verraten, welcher Art die von ihnen gewählte Sache sein wird. Ihnen allen hat Königin Wilhelmina den Wunsch mitgeteilt, nur ein Drittel der gesammelten Summen für ihren Zweck zu verwenden, die übrigen zwei Drittel aber an die Armen zu schenken.

Und wenn der Junge ein — Mädchen ist? Nun, dann heißt's vielleicht: ein andermal, und es wird von neuem gesammelt und geschenkt. So sind die Niederländer.

Im Balkankonzert

hagelt es jetzt Noten. Wie ein Telegramm aus Sofia meldet, hat die bulgarische Regierung den dortigen Vertretern der Großmächte eine zweite Note übermittelt, in der sie unter Hinweis darauf, daß die Pforte durch die letzte Erklärung des türkischen Geschäftsträgers Bulgarien wegen seiner Anerkennung als Königreich an die Großmächte gewiesen habe, und unter Betonung ihrer bisherigen Friedensliebe die Großmächte um rasches Einschreiten anruft, weil die jetzige gespannte Lage Gefahren berge, für die die Regierung nicht die Verantwortung tragen könne. Wie ferner die Wiener „Politische Korrespondenz" erfährt, sind gestern im Ministerium des Aeußeren drei Zirkularnoten, die die Lage zwischen Bulgarien und der Türkei infolge der von Bulgarien jüngst erlassenen militärischen Verfügungen betreffen, überreicht worden, nämlich eine russische durch den Geschäftsträger Sverwejew, eine türkische durch den Botschafter Reschid Pascha und eine bulgarische durch den diplomatischen Vertreter Saraffov.

Der Archimandrit von Jerusalem ermordet.

Aus Jaffa meldet ein Privat-Telegramm: Der russische Archimandrit (Abt) in Jerusalem ist gestern ermordet worden.

Die Teuerungszulagen der Berliner Lehrer.

Wir meinen natürlich die Teuerungszulagen, die sie nicht bekommen haben. Unsere Leser sind darüber unterrichtet. Die Steuerbehörde anscheinend nicht. In den letzten Tagen hat eine größere Anzahl von Berliner Lehrern, namentlich soweit sie in den Vororten wohnen, ihre Steuerdeklarationen zurückerhalten.

„Da nach der Verfügung des Herrn Finanzministers vom 12. September 1908 die im Etatsjahre 1908 den Beamten und Volksschullehrern gewährten Zulagen den Charakter vorweggenommener Gehaltsverbesserungen haben," so wurde ihnen geschrieben, „sind diese dem steuerpflichtigen Einkommen hinzuzurechnen." Die Lehrer wurden aufgefordert, anzugeben, in welcher Höhe ihnen im Jahre 1908 solche Teuerungszulagen gewährt worden sind, und ob diese bereits in dem angegebenen Einkommen enthalten sind.

Daß die Steuerbehörde diese Anfrage stellt, ist verzeihlich. Als die preußischen Beamten und Volksschullehrer Teuerungszulagen erhielten, wurde sie den Volksschullehrern nur insoweit gewährt, als ihr Grundgehalt unter 1350 Mark betrug. Der Minister versprach aber damals, dahin zu wirken, daß auch den Kommunalbeamten und den leer ausgegangenen städtischen Lehrern von seiten der Gemeinden eine Zulage bezahlt würde. Als im Berliner Rathause die Frage zur Beratung stand, wurde die Teuerungszulage für die städtischen Beamten bewilligt, während es hieß, daß für die Lehrer ja schon vom Staate gesorgt sei. Verschiedene Zeitungen stellten die Sache so dar, als ob bei der Teuerungszulage alle Berliner Lehrer berücksichtigt worden seien.

Wie so häufig, haben die Behörden und Stadtverordneten der Vororte eine andere Auffassung von einer gerechteren Verteilung der Teuerungszulagen gehabt als der Berliner Kommunalkrösus. Eine große Reihe von Vororten hat den Lehrern zum Teil sogar beträchtliche